

Citation style

Thonfeld, Christoph: Rezension über: Anita Krätzner (ed.), Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015, in: Neue Politische Literatur, 60 (2015), 1, S. 102-103, DOI: 10.15463/rec.2138698621, heruntergeladen über Website

neue politische literatur

Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft

copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Denunziationsforschung auf dem langen Marsch in die Kulturgeschichte

Krätzner, Anita (Hrsg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, 179 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Das Buch beginnt mit der quellenkritischen Überraschung der Herausgeberin Anita Krätzner, dass das gemeinhin Hoffmann von Fallersleben zugeschriebene Zitat vom Denunzianten als größtem Lump im Land möglicherweise gar nicht von ihm stammt. Solcherlei erhöhte Quellsensibilität ist im vorliegenden Fall mehr als eine philologische Anekdote, da man es in der Denunziationsforschung stärker noch als in anderen Forschungsfeldern mit einer nachhaltig von Herrschaftswissen und -perspektiven durchsetzten disparaten Materiallage zu tun hat. Das gemahnt zu besonderer Vorsicht, worauf in dem Sammelband auch deutlich hingewiesen wird.

Weiterhin merkt man dem Band seinen DDR-zentrierten Entstehungshintergrund – ein Workshop im Bildungszentrum des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Berlin im November 2012 – in verschiedener Hinsicht an. Mit Unverständnis erfüllte den Rezensenten dabei der von der Herausgeberin erhobene Anspruch, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte seit 1990 habe „die Denunziationsforschung nicht nur inspiriert, sondern initiiert“ (S. 12). Damit wird nicht nur die vorherige, an der NS-Geschichte ausgerichtete alltagsgeschichtliche und akteursorientierte Forschung zu Denunziationen seit den 1980er Jahren unzulässig marginalisiert. Gleichzeitig wird auch die frauen-/geschlechtergeschichtliche Denunziationsforschung exklusiv an den Nexus 1989/90 angekoppelt, der dadurch unangemessen überhöht erscheint. Positiv ist demgegenüber das kritische Eingehen auf die Eigenheiten ebenjener DDR-bezogenen Forschungsleistungen hervorzuheben, die laut der Herausgeberin durch ihre Staats- und Institutionenfixiertheit eine eigenständige Denunziationsforschung eher behindert haben. Darin klingen Problemlagen an, die bereits vor Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung der DDR-bezogenen Erinnerungskultur von der so genannten „Sabrow-Kommission“ benannt worden sind und offenbar fortbestehen.

In der ansonsten umsichtigen Einleitung von Anita Krätzner werden den Beitragenden wichtige Forschungsperspektiven zur Auseinandersetzung

mit auf den Weg gegeben: die „Unschärfe“ der Definition beziehungsweise häufige Verkürzung des Verständnisses des Begriffs der Denunziation, das Problem des historisch bedingten Normen- und Wertewandels, dem als denunziatorisch eingestuftes Handeln im hohen Maße unterliegt sowie die Frage nach dem zeit- beziehungsweise systemgebundenen oder überzeitlich-anthropologischen Charakter denunziatorischen Handelns.

Diese Vorgaben werden von den Beitragenden in unterschiedlichem Maße eingehalten. Ohne auf alle Aufsätze im Einzelnen eingehen zu können, seien an dieser Stelle die wesentlichen Erkenntnisse hervorgehoben. Michal Chvojka zeichnet in seinem Beitrag die Etablierung und Verstetigung behördlicher Informationsgewinnung in den tschechischen Territorien des Habsburgerreiches im 19. Jahrhundert nach. Stephanie Abke liefert einen kursorischen Überblick zum denunziatorischen Verhalten im ländlichen Norddeutschland während des Nationalsozialismus, in dem besonders die notwendige Erweiterung des semantischen Feldes der Denunziation thematisiert wird. Die bei Chvojka und Abke vorhandenen Verweise auf das Potenzial von Denunziationen zur Neuverhandlung vertikaler Machtbeziehungen werden leider nicht systematisch diskutiert.

Dorothe Zimmermann stellt in ihrem Beitrag zur Informationstätigkeit des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes von der Zwischen- bis zur Nachkriegszeit heraus, wie sich die Denunzierenden durch ihr Handeln als loyale Subjekte konstituierten und gleichzeitig ihr sozialer Status das Quellenprestige der Aussagen bestimmte. Ihre Befunde stehen zudem dadurch heraus, dass sie anhand einer demokratischen Gesellschaft, die sich nicht im aktiven Kriegszustand befand, gewonnen wurden. Denunziationen in Umbruchzeiten sind das Thema in Christiane Kohser-Spohns Aufsatz zur ‚Eputation‘ in Frankreich ab 1944, wobei sie aber das Potenzial ihres Forschungsgegenstandes durch einen konventionell rechtshistorischen und begriffsgeschichtlichen Schwerpunkt ihrer Ausführungen zu wenig ausschöpft.

Ritualisierten denunziatorischen Praktiken unter deutschen Kommunisten und Kommunistinnen in den 1930er und 1940er Jahren widmet sich Doris Danzer, die nicht nur die Komplexität des Redens über sich und andere herausarbeitet, sondern auch die Ambivalenzen des Schweigens berücksichtigt. In der Gestapo-Haft zumeist erzwungene Aussagen kommunistischer Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen und deren Konsequenzen im NS-Staat und später unter dem

SED-Regime analysiert Udo Grashoff. Er problematisiert zu Recht die Charakterisierung von unter Verhörbedingungen oder Folter gemachter Aussagen als Denunziationen. Die oftmals vorgezeichnete Ausweglosigkeit dadurch gebrochener Biographien verdichtete sich nach 1945 in der gezielten Anwerbung sogenannter „Verräter“ für eine Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Olga Galanova untersucht aus medien-sensitiver kommunikationssoziologischer Perspektive die enge Verflechtung und gegenseitige Produktion von Geheimnis und denunziatorischer Enthüllung anhand von Anrufen deutscher Bürger beim MfS. Hedwig Richter zeigt anhand des Berichtswesens in Verwaltung, Parteien und Wirtschaft der DDR, wie bürokratisierte Herrschaftsmechanismen beträchtliche Teile der Gesellschaft an den diktatorischen Alltag gewöhnten, den sie selbst zunehmend aktiv lebten und dadurch auch legitimierten. Christian Halbrock versucht ausgehend von denunziatorischem Verhalten in der DDR eine die staatliche, mediale und gesellschaftliche Ebene integrierende Gesamtschau, die allerdings in dem knappen Aufsatzformat kaum leistbar ist. Abschließend bilanziert Anita Krätzner im Abgleich mit Kategorien, die der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit entstammen, den erreichten Stand der DDR-Denunziationsforschung.

Der Sammelband bietet einen für diesen Publikationstypus ungewöhnlich kompakten Zugriff auf ein Forschungsthema. Innovative Potenziale scheinen dabei vor allem in den Beiträgen von Zimmermann und Galanova auf. Wie die mangelnde Präzision des Denunziationsbegriffs dahingehend genutzt werden kann, die produktiven und sinnstiftenden Potenziale denunziatorischen Handelns besser zu konzeptionalisieren, hat jüngst Olaf Stieglitz in seiner Habilitationsschrift „Undercover“ (2013) ausbuchstabiert. Die von ihm dabei eingeschlagenen Wege zeigen auf, wie sich die zukünftige Denunziationsforschung noch stärker von dem engen Korsett herrschaftsdominierter Quellen und Fragestellungen lösen kann.

Taipeh

Christoph Thonfeld

Herausforderung an den wirtschaftsgeschichtlichen Mainstream

Speich Chassé, Daniel: Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie, 344 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013.

Das Bruttosozialprodukt als zentraler Indikator für den Entwicklungsstand eines Landes und dessen Veränderung ist in den letzten Jahren massiv infrage gestellt worden. Dabei stand im Vordergrund, ob man mit dem Bruttosozialprodukt tatsächlich den Wohlstand einer Gesellschaft messe oder ob dafür nicht andere, allerdings schwerer messbare und scheinbar uneindeutigere Indikatoren besser geeignet seien. Daniel Speich Chassé zeigt in der vorliegenden Studie, dass – wenn auch anders motivierte – kritische Stimmen das Bruttosozialprodukt von Anfang an begleitet haben. Und dass diese Kritik, das ist die Hauptidee des Buches, zuvorderst von den Ökonomen und Statistikern selbst formuliert wurde.

Im Kern geht es Speich Chassé um die Entstehung eines für die Thematisierung globaler Ungleichheit zentralen Vergleichsmaßstabes, dessen Eigendynamik und immerwährende Infragestellung. Der Verfasser verdeutlicht, in welcher spezifischen historischen Situation das Konzept des Bruttosozialproduktes entstand und wie es sich zu einem quasi-natürlichen, global wirksamen und politische Entscheidungen maßgeblich beeinflussenden Maßstab entwickelt hat. Er zeigt folglich, wie die Idee der Vergleichbarkeit von nationalstaatlich gefassten Volkswirtschaften selbstverständlich wurde und wie der standardisierte Zahlenblick auf die Welt eine normative Kraft entfaltete. Nebenbei wird so einerseits der mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbundene Auf- und Ausbau einer globalen Wissensinfrastruktur deutlich, andererseits zeigt sich auch, welche unterschiedlichen Hoffnungen und Versprechen in unterschiedlichen Anwendungskontexten mit dem Bruttosozialprodukt verbunden wurden.

Speich Chassé macht sichtbar, wie im Bruttosozialprodukt Erfahrungen der Neuausrichtung kolonialer Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen in der Zwischenkriegszeit, Versuche der Produktivitätssteigerung während des Zweiten Weltkrieges und die Wahrnehmung der unmittelbaren Nachkriegssituation miteinander verschmolzen. Als zentralen „Resonanzraum des makroökonomischen Wissens“ (S. 137) macht er dabei die frühe UNO aus. Denn für den dort arbeitenden kleinen Expertenzirkel versprach das Bruttosozialprodukt einfache politische Handlungsanweisungen. Hier verband sich zudem ein globaler Gestaltungsanspruch der internationalen Organisation mit dem universellen Geltungsanspruch makroökonomischer statistischer Modelle. Es wundert daher kaum, dass die damals